

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Wirtschaftspolitik und Marktwirtschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1962) : Wirtschaftspolitik und Marktwirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 42, Iss. 6, pp. 236-245

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133217>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wirtschaftspolitik und Marktwirtschaft

BUNDESREPUBLIK: Auch die Marktwirtschaft braucht Führung!

Auf dem Holzwege befinden sich Adiejenigen, die da meinen, heutzutage könne eine weltwirtschaftlich verflochtene Volkswirtschaft ohne zusammenhängende wirtschaftspolitische Leitung funktionieren. Die Volkswirtschaftspolitik darf schon deshalb nicht abdanken, weil die unvermeidbar hoch entfaltete Staatswirtschaft als ein Kontrollsystem der privaten Entschlüsse wirkt, sodann aber auch, weil verschiedene spezielle Wirtschaftspolitiken es nicht tun, allen voran die Land- und die Bauwirtschaftspolitik. Die Wirtschaftspolitik kann sich nicht einmal auf das Setzen der Ordnungen und auf Grundsatzentscheidungen über Wettbewerb und Preisbildung beschränken, selbst da nicht, wo sie viel von der nötigen Einzelsteuerung ausgliedert — auf die Zentralnotenbank und andere parastatale Gewalten.

Modell und Wirklichkeit

Sicherlich begegnet man Sendboten des „laissez faire“, die das Gegenteil verkünden. Am häufigsten unter Pädagogen und Journalisten, Leuten, die den Wunsch, das Ideal, das Modell vor die Wirklichkeit rücken. Ferner unter den Staatsmännern, die die oftmals unbequemen Entscheidungen gern Automatismen überlassen möchten. Sodann finden sie sich unter den Praktikern; aber bei ihnen handelt es sich fast immer um Einäugige, die der Interventions- und Subventionsbalken ums andere Auge gebracht hat. Kann man doch, weit zurückgreifend, feststellen, daß staatliche Förderung unvermittelt geheiligter Besitzstand, wohlverdientes Recht zu werden pflegt, dessen Ursprung man selbst im eigenen Wissen auslöscht. Nähme der Gesetzgeber beispielsweise der privaten Versicherungswirtschaft das Privileg, das Lebensgeschäft aus steuerfreiem Einkommen finanzieren und dafür mit dem Steuervermeidungsansporn werben zu dürfen, dann würde sie rasch verdorren. Gäbe der Gesetzgeber hin-

gegen dasselbe Privileg irgend-einer Sparte, die wertbeständiges Sachvermögen schafft, so würde sie aufblühen. Finden sich unter den Anhängern der freien Marktwirtschaft Praktiker mit voller Sehkraft, dann sind sie oft für sich in einem irgendwie geschützten Bereich und können deshalb den anderen die ganzen Segnungen sich selbst überlassener Märkte wünschen. Nur wenige gehören zu dem Rest purer Ökonomen, robuster Kaufleute, die ihr Metier verstehen und Fortune haben und derentwegen die reine Marktwirtschaft bestehen könnte. Sie sind eine Minorität. Auch sie stoßen allerorts auf die politische Sozialökonomie; denn die wirkliche gesellschaftliche Wirtschaft ist viel staatsbestimmter, staatsgelenkter, als man gemeinhin zuzugeben bereit ist. Sie kann in der politischen Demokratie, also in einer Demokratie ohne Klassenwahlrecht, auch gar nicht staatsfrei sein.

Die gesellschaftliche Aufgabe des Staates

Deshalb besteht aber die Forderung zu Recht, daß der Staat überlegt und mit Willen die ihm aus seiner politisch-gesellschaftlichen Natur zugefallene Rolle übernimmt und nicht den Nachwächter zu spielen versucht. Er braucht ein strukturgestaltendes Programm und darin die oft beschworene, aber ebenso oft verleugnete „Volkswirtschaftspolitik aus einem Guß“, also die den Intentionen der Außen- und Innenpolitik, der Finanz- und Sozialpolitik und aller Spezialwirtschaftspolitiken gemeinsam Rechnung tragende volkswirtschaftliche Führung. Um mich eines aus der Mode gekommenen Begriffspaares zu bedienen: seiner angemessen ist in dieser Zeit der Verteidigung des freien Industrialismus nicht der sporadische Interventionismus, sondern ein programmatischer, der in einer universalpolitischen und sozialen Rangordnung begründet ist.

Mit ihm wüchse die Aussicht, daß mehr Gerechtigkeit realisiert wird, daß Erkanntes, Durchdachtes auch realisiert wird, ohne in den Fallstricken der Gefälligkeitsdemokratie hängen zu bleiben. So gewänne man auch den Maßstab für die sach-ad-äquate Intervention und diejenigen, die sie lauter zu vollziehen bereit sind.

Straffaktionen des erzürnten Mächtigen verwürfen sich hierbei von selbst. Schuf der Autozoll eine Pfründe? Oder war er ein Instrument der Wirtschaftspolitik: der nationalen aus standortserzieherischen Gründen und der internationalen zum Aus- und Abhandeln? Im ersten Falle hätten die Politiker längst handeln müssen, wenn sie zu den Konsequenzen ihrer eigenen Politik der Liberalisierung stehen wollten. Im anderen Falle durfte er nur verändert werden, wenn die Erziehung gelungen war und die weltwirtschaftlichen Rivalen ihrerseits überflüssig gewordenen Schutz hergaben. Ob die Erziehung gelungen war, entschied sich aber nicht nur beim Fertigprodukt, sondern auch bei den Vorlieferanten. Bei deren Situation war wiederum zu berücksichtigen, daß ihnen oligopolistische Nachfrager gegenüberstanden. Kurzum, man mußte zuerst das Mehrpolige der Situation sine ira et studio aufstellen und dann den am Ganzen ausgerichteten Kurs einschlagen.

Ist „marktkonform“ ein Maßstab?

Heutzutage wird oft als Maßstab das Kriterium „marktkonform“ empfohlen. Es hat möglicherweise sogar einen theoretisch bestimmbareren Gehalt. In seiner historischen Verwendung aber ist es zu dem geworden, was unabhängige Kritiker „bonnkonform“ nennen: auf der Linie liegend, die vor den Augen der Mehrheitspartei Gnade findet. Das kann aber ebensowohl Freihandel wie Schutzzoll, Konkurrenz wie Monopol, Marktpreis wie Taxpreis, Abwertung wie Aufwertung, Privatisierung wie Sozialisierung sein — und das scheinbar Unvereinbare nicht einmal jedes zu

seiner Zeit, sondern oft genug zugleich, vorausgesetzt, daß es sich geschickt drapieren läßt und um Wahltermine herum keinen Massen-zorn erregt. Denn Walter Euckens Gegenwartsanalyse trifft immer noch zu: „Die moderne industrielle Wirtschaft und Gesellschaft stellt nicht nur eine Reihe neuer, zusammenhängender, lebenswichtiger, ordnungspolitischer Aufgaben von eminenter sachlicher Schwierigkeit. Zugleich setzt sie auch Machtkämpfe von Führerschichten in Gang, die andauern und für die moderne Wirtschaftspolitik bestimmend sind.“

Das sozialökonomische Sein

Für eine unvoreingenommene Erklärung des sozialökonomischen Seins gibt die unvermittelt zu Wohlstand gelangte Gesellschaft keinen guten Nährboden ab. Jeder ist damit reichlich ausgefüllt, beim allgemeinen Raffan nicht zu kurz zu kommen. Man klagt über den Verfall des Arbeitsethos. Ging der Wirtschaftsethos nicht voraus? Hat der Staat diesen mit der legalisierten Steuervermeidung nicht sogar prämiert? Da wird der Irrgarten der direkten und indirekten Subventionen ständig und raffiniert vergrößert. Große Akte des Wirtschaftens vollziehen sich nicht aus ökonomischen Motiven, sondern aus unterschobenen politischen und werden nicht in Preisen bezahlt, sondern mit politischen Prämien honoriert. Noch einmal Bucken: „Wie ein Dunst lagert ein Gemisch von Schlagworten und veralteten Ideologien über der Wirklichkeit.“ Den Dunst zu lichten, haben viele kein Interesse. Die Gelehrten, die am ehesten dazu berufen wären, sind entweder dieser oder jener Ideologie verpflichtet oder preisen sich gerade dem Partialinteresse als Sachwalter an.

Das Unbefriedigende und Unaufrichtige der freien Marktwirtschaft

Daß außenstehende, geschulte Beobachter das Unvollendete, Unbefriedigende und zuweilen auch Unaufrichtige an der Lesart von der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik erkennen, liegt nahe. Schließlich haben die Examina vor der GATT-Konferenz, dem Weltwährungsfonds und der OEEC sowie die Verhandlungen um Vertragsauslegung und Vertragstreue in Brüssel und Luxemburg dazu genügend beigetragen. Man muß solch verblüfften Unterhändlern begegnet sein, wenn sie wohlgetarnte Inter- und Subventionen unter die nüchternen Begriffe der internationalen Fachsprache gerückt fanden. Aber zu welcher Konsequenz führte ihre Erfahrung? Leider allzuoft nur zu der machiavellistischen, noch getarnter zu verfahren.

Das ist die unglückselige Folge der eigenen, am Wirtschaftswunder entzündeten Verblendung. Statt zu sagen, was ist, und zu begründen, warum es so ist, halten wir die Legende vom automatischen Ablauf aufrecht, ordnen die schwierigsten Eingriffe bei den Sündenfällen und Tabus ein und hoffen wie Kinder unter Seelenmassage auf den guten Ausgang. Um uns herum präpariert man sich auf ihn, diskutiert die Dinge aus: die Wachstums- und Stagnationsprobleme, die politisch-sozialökonomische Interdependenz, den Preis-Lohn-Zusammenhang und den Lehenscharakter der Tarifhoheit. Gewiß tut man das auch mit Irrungen und in Auseinandersetzung mit den Ideologien und ihren Trägern. Aber doch unverkennbar mit dem Gesamtwillen, die Zukunft zu bestehen — und nicht nur in der Gegenwart satt zu sein. (H)

Wirtschaftspolitik eine Gemeinschaftsaufgabe

Freiheit, Gerechtigkeit und wachsender Wohlstand: die obersten Ziele, das „klassische Dreieck“ unserer Wirtschaftspolitik. Drei Worte, die charakteristisch sind für unsere soziale Marktwirtschaft. Unter ihnen kommt dem Streben nach wachsendem Wohlstand die größte Bedeutung zu. Die Wirtschaftspolitiker suchen dieses Ziel zu erreichen, indem sie sich fünf Unterziele setzen: ein stetes wirtschaftliches Wachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität oder Geldwertsicherung, Zahlungsbilanzausgleich oder Wechselkursstabilität und last but not least eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung. Fünf große Ziele, fünf große Aufgaben für die Wirtschaftspolitik.

Betrachten wir dagegen die Ziele der erwerbswirtschaftlichen Unternehmen, der Träger einer Marktwirtschaft, so läßt sich ihr Streben einem einzigen Ziel unterordnen, dem Gewinnstreben. Mag es manchmal auch so scheinen und auch in der Literatur dargestellt werden, daß ein Streben nach Marktanteil, nach Markterhaltung und Marktschaffung, nach Kunden- und Produkttreue im Vordergrund stehen, so sind diese Ziele stets nur Unterziele des Gewinnstrebens. Doch in dieser Aussage liegt kein Werturteil. Ein Gewinnstreben ist weder gut noch böse. Das Gewinnstreben der einzelwirtschaftlichen Unternehmen ist vielmehr der Motor, der die Volkswirtschaft in einer marktwirtschaftlichen Ordnung antreibt,

VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 361 061
35 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

Und obwohl zwischen dem aufgezeigten einzelwirtschaftlichen Interesse der Unternehmen und dem Gesamtinteresse der Volkswirtschaft, dem Gewinnstreben und dem klassischen Dreieck der Wirtschaftspolitik nur allzuoft Diskrepanzen auftreten, so stehen diese Diskrepanzen dennoch im Einklang mit unserer Marktwirtschaft. Auch der Unternehmer wünscht wirtschaftspolitische Postulate, ist ebenso an einer Preisstabilität, an einer Vollbeschäftigung etc. interessiert; nur mit den Mitteln zur Erreichung der gesamtwirtschaftlichen Ziele erklärt sich der einzelwirtschaftlich Denkende nicht immer einverstanden. Das haben wir gerade in der jüngsten Zeit des öfteren feststellen können.

Volkswirtschaftliche Aufgaben des Unternehmers?

Die Aufforderung unseres Wirtschaftsministers, sich höheren Interessen unterzuordnen, seine Forderung nach einem Maßhalten verlangt vom einzelnen ein Handeln wider das eigene Interesse.

Aber können einzelwirtschaftliche und wirtschaftspolitische Zielsetzungen nicht auch übereinstimmen? Jeder Unternehmer verfolgt doch sein eigenes Ziel auch im Interesse der Gesamtwirtschaft, im Interesse eines wachsenden Wohlstandes.

Und wir müssen uns die Fragen vorlegen: Ist manche Unternehmenspolitik nicht allzuoft nur sehr kurzfristig geplant? Sind die gesamtwirtschaftlichen, die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen dagegen nicht auf einen weit längeren Zeitraum vorausgedacht?

Damit kommen wir zu einem Kernproblem: Können volkswirtschaftliches Gesamtinteresse und langfristiges Einzelinteresse nicht übereinstimmen oder bedarf es nicht eines Einklanges der beiden Sphären, wenn die einzelne Unternehmung auch langfristig ihr Ziel erfolgreich erreichen will?

Es soll hier nicht übersehen werden, daß dies nicht immer der Fall ist. Nicht immer kann die Wirtschaftspolitik in Verfolg ihres Zieles Wohlstandssteigerung auch Ge-

rechtigkeit und Freiheit optimal für alle Wirtschaftspartner erreichen. Die deutsche Zuckermarktordnung zum Schutze der deutschen Landwirtschaft ist keinesfalls und bestimmt auch nicht langfristig im Interesse der deutschen Süßwarenindustrie.

Es kann für die Wirtschaftspolitik von seiten der Regierung immer nur ein Streben nach einem optimalen Erreichen ihrer drei Hauptziele bleiben.

Wenn auch oftmals die langfristigen Unternehmerinteressen und die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen in der Marktwirtschaft übereinstimmen, so wird die Forderung nach einer volkswirtschaftlichen Aufgabe des Unternehmers nach dem bisher Gesagten wohl mehr eine Ideal-Forderung bleiben. Der einzelne Unternehmer ist überfordert, wenn man ihm in unserer Konkurrenzwirtschaft eine volkswirtschaftliche Verantwortung zusprechen will. Diese volkswirtschaftliche Verantwortung, so auch die Forderung nach einem Maßhalten, kann man kaum an einen einzelnen richten; dies sind nicht Aufgaben für einzelne, sondern für Gruppen.

Wirtschaftspolitik an die „richtige“ Adresse

Kann man es einer Unternehmensleitung verdenken, wenn sie auf ihren Beschaffungsmärkten die Preise zahlt und auf ihren Absatzmärkten die Preise fordert, die ihr die Konkurrenzsituation abverlangt oder gewährt? In einer Marktwirtschaft ist und bleibt der Preis das Regulativ von Angebot und Nachfrage. Die Forderung nach einer Preisdisziplin scheint damit in unserer Wirtschaftsordnung ein Paradoxon.

Dies trifft allerdings nur dann zu, wenn die Preise auch wirkliche Marktpreise sind. Sind die heutigen Löhne aber noch vom Markt bestimmte Preise? Ist es nicht vielmehr die Macht der Gewerkschaften, die den Einkaufspreis für menschliche Arbeitskraft bestimmt? Es will scheinen, daß die Lohnpolitik der Gewerkschaften Preise für Arbeitskraft verlangt, die nicht

mehr als marktwirtschaftlich betrachtet werden können. Hier ist eine „Gruppe“, die mehr zum Maßhalten aufgefordert werden sollte, eine Gruppe, welche die langfristigen Zielsetzungen der Wirtschaftspolitik doch erkennen und in ihrem eigenen Interesse verfolgen müßte!

Wenn der einzelne Unternehmer sieht, daß die großen Gruppen dem Aufruf zum Maßhalten Folge leisten, wenn er bemerkt, daß Aufrufe wie der von Leber an die Arbeitnehmer „Nehmt, was ihr könnt“ unterbleiben, dann wird auch er eher eine Bereitschaft zur Anpassung seiner Ziele an die Wirtschaftspolitik zeigen. Das gilt vor allem für die marktkonformen Mittel der Wirtschaftspolitik. Solche Maßnahmen können dann auch marktkonforme Reaktionen der Unternehmen erwarten lassen. Zollsensenkungen werden dann zur Preisstabilität und zum Zahlungsbilanzausgleich beitragen können. Maßhalten, begonnen bei den „Großen“, wird sich somit auch bei den einzelnen kleineren Wirtschaftspartnern zeigen.

Gemeinsame Wirtschaftspolitik erforderlich

Denn darüber sind sich alle Beteiligten einig, daß die Wirtschaftspolitik eine Pflicht hat, in Aktion zu treten, wenn sie ihre Ziele bedroht sieht. In einer Depression halten wir es für eine Selbstverständlichkeit, daß wir nach dem Schutz des Staates rufen können; dann müssen wir aber auch der Wirtschaftspolitik in Zeiten einer Hochkonjunktur ein Recht zum Eingriff in den Wirtschaftsablauf zusprechen. Bringt uns die Marktwirtschaft einzelwirtschaftlich nicht die gewünschten Ergebnisse, verlangen wir nach staatlicher Hilfe; erreichen wir unsere erwerbswirtschaftlichen Ziele zu unserer Zufriedenheit, weisen wir staatliche Eingriffe in den Ablauf unserer Marktwirtschaft zurück. Das scheint marktwirtschaftlich nicht konsequent!

Der Neoliberalismus befürwortet eine staatliche Festsetzung der institutionellen Rahmenbedingungen des Wirtschaftsprozesses mit dem Ziel, eine funktionsfähige Markt-

wirtschaft zu gewährleisten; er lehnt jedoch Eingriffe des Staates in den eigentlichen Wirtschaftsprozess ab. Wenn aber Störungen in der Ordnungsstruktur der Marktwirtschaft auftreten, welche die Regierung nicht schnell genug durch eine Änderung der Rahmenbedingungen beseitigen kann, so hat sie „nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht“ — wie Professor Böhm kürzlich ausführte — „an die freiwillige Mithilfe der Wirtschaftsbeteiligten zu appellieren, und zwar eine solche Mithilfe, die darin besteht, daß die Wirtschaftsbeteiligten ein Verhalten unterlassen, zu dem sie nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen unbestreitbar berechtigt sind, solange die marktwirtschaftliche Ordnung ungestört arbeitet“.

Wirtschaftspolitik in der Marktwirtschaft so verstanden ist damit kein Reservat und keine Domäne der Regierung eines Landes. Wirtschaftspolitik im Interesse der Gesamtheit und zur Gewährleistung unserer Marktwirtschaft ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Staat, Unternehmen, Arbeitnehmern und Verbrauchern. Nur, und das scheint wichtig, festgehalten zu werden, müssen die Wortführer dieser gemeinsamen Wirtschaftspolitik, die zuständigen Ministerien, ihre Appelle an die Wirtschaftspartner richten, die durch ihr Verhalten beispielhaft gemeinsame Wirtschaftspolitik betreiben könnten; dann werden auch die anderen zu einem gemeinsamen Handeln bereit sein. (Di)

FRANKREICH: Versuch einer wirtschaftspolitischen Synthese

In Frankreich macht man sich schon lange Gedanken über ein mögliches Zusammenwirken zwischen Marktwirtschaft und notwendigerweise in das private Verhalten eingreifender staatlicher Wirtschaftspolitik, bei der man nach französischer Ansicht nie feststellen kann, wann sie von der klassisch-liberalen Konjunkturorientierung zu dirigistischen Interventionen übergeht.

Konzertierte Wirtschaft und liberale Planung

Selbst die Konjunkturpolitik kann und muß häufig zu einer Einschränkung der reinen Marktwirtschaft führen, besonders wenn sie in kritischen Augenblicken wirkungsvoll sein soll und sich nicht in einer mehr oder weniger theoretischen Konjunkturbeobachtung erschöpft. In Frankreich entstanden so die anderweitig nicht mehr unbekanntem Begriffe der „konzertierten Wirtschaft“ und der „liberalen Planung“. Großbritannien ebenso wie die USA beschlossen gerade, diese Seite des französischen Wirtschaftsexperiments genauer zu untersuchen, um hieraus für ihre eigenen Probleme Lehren zu ziehen.

Konzertierte Wirtschaft und liberale Planung stellen Versuche der Synthese dar, im Sinne einer freiwilligen staatlich-privaten Zusammenarbeit zugunsten einer möglichst langfristig koordinierten so-

wie vorausgedachten Wirtschaftspolitik. Ihren Ursprung hatten und haben derartige Gedanken keineswegs in dogmatischen Erwägungen oder Zielen, sondern in drei als vordringlich erkannten Notwendigkeiten, denen die französischen Wirtschaftskreise nicht im Rahmen einer reinen Marktwirtschaft, so wie sie sich die liberalen Theoretiker vorstellen, entsprechen zu können glauben, nämlich Vollbeschäftigung, Expansion und internationale Konkurrenzfähigkeit.

Vollbeschäftigung als moralische Verpflichtung

Das Primat der Vollbeschäftigung wird heute in so gut wie allen westlichen Ländern als wirtschaftliche, soziale, politische und auch moralische Verpflichtung anerkannt. Nach französischer Überzeugung setzt es ein Klima ständiger sowie geordneter Expansion voraus, ebenso wie wirtschaftliche Stabilität, die ihrerseits unentbehrlich ist für die internationale Konkurrenzfähigkeit. Aber nur wer konkurrenzfähig ist, vermag die Produktion dynamisch auszuweiten und seiner Bevölkerung die Vollbeschäftigung zu sichern. Zwischen diesen Notwendigkeiten bestehen sehr enge Verbindungen.

Niemand wagt es in Frankreich, diese Fragen dem Zufall zu überlassen. Nicht zuletzt der investierende Privatindustrielle will die Gewißheit haben, daß er langfristig

THE BANK OF TOKYO, LTD.

Hamburg Office

Hamburg 36

Jungfernstieg 51

Tel. 34 16 26 Telex 021 2739

Düsseldorf Office

Düsseldorf

Kreuzstraße 34

Tel. 8 09 26, Telex 0858 2138

Head Office: Tokyo/Japan, Nihombashi Chuo-ku

Affiliates:

The Bank of Tokyo of California,
San Francisco, Los Angeles, Gardena.

The Bank of Tokyo Trust Company,
New York

Overseas Offices:

London, New York, San Francisco,
Los Angeles, Seattle, Hamburg, Düsseldorf,
Paris, Bombay, Calcutta, Karachi, Hongkong,
Saigon, Singapore, Vientiane (Laos), Kuala
Lumpur (Malaya), Alexandria, Rio de Janeiro,
São Paulo, Buenos Aires

Associate Bank: The International Bank of Iran and Japan, Teheran

auf festem Boden baut und keinen konjunkturellen Erdrutsch zu befürchten hat. Er verlangt vom Staat, daß er sich intensiv mit allen zulässigen Mitteln um die Schaffung der konjunkturellen Infrastruktur kümmert, daß er langfristig vorausschauende Pläne aufstellt für die Entwicklung des Arbeitsmarktes und die Möglichkeiten der Produktion, unter Einschaltung aller Sicherheitsvorkehrungen für die Preisstabilität, d.h. für die internationale Konkurrenzfähigkeit.

Der liberale Wirtschaftsplan und Regionalpolitik

Die in diesem Sinne ergriffenen staatlichen Maßnahmen sind recht vielfältig. An der Spitze befindet sich der hinreichend bekannte liberale französische Wirtschaftsplan, der keinerlei obligatorischen Charakter besitzt, jedoch sowohl der Privatwirtschaft für ihre Investitionen wie dem Staat für seine Kredite und seine Wirtschaftspolitik als Leitfaden dient und um so leichter von allen Beteiligten anerkannt wird, als er das Werk langer, gemeinsamer Diskussionen zwischen Beamten und Vertretern der Privatwirtschaft ist. Ein weiteres Werkzeug bildet die Regionalpolitik mit allen ihren Überschneidungen, Beseitigung von Notstandszonen, Lösung von Umstellungsproblemen, wenn infolge des technischen Fortschritts oder der internationalen Konkurrenz ein lokal konzentrierter Industriezweig seine Lebensfähigkeit verliert, Dezentralisierung und Raumordnung.

Die öffentlichen Stellen treffen keine autoritären Entscheidungen, sondern beeinflussen die wirtschaftlichen Entschlüsse der Unternehmer durch Steuervergünstigungen, Kreditmöglichkeiten, Prämien für Investitionen, Verbesserungen der industriellen Niederlassungsbedingungen, Aufklärung über die Bedeutung der Regionalpolitik, beschleunigte Berufsausbildung usw. In diesen Rahmen fallen auch sehr neuartige und in mancher Beziehung bedenkliche Sonderverträge, die das Finanzministerium mit Industrieunternehmen zur Ermutigung ihrer Expansion unter besonderer Berücksichtigung des Exportgeschäfts

abschließen kann. Darin verpflichten sich die Unternehmen zur Verwirklichung eines bestimmten Investitions-, Exports- oder Forschungsprogramms. Als Gegenleistung verspricht ihnen der Staat Kredite zu günstigen Bedingungen und auch mitunter unverzinsliche Vorschüsse, die sich in Subventionen verwandeln, wenn der erwünschte wirtschaftliche Erfolg eines Forschungsvorhabens oder einer Exportkampagne nicht eintritt.

Einwirkung auf die Preise

Außerdem wirkt der Staat auf die Preise ein. Das System der direkten Preiskontrolle wurde fallen gelassen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen sind die französischen Preise frei. Die Regierung hält jedoch die Grundtarife (Verkehr und Energie) in ihrer Hand bei ebenfalls großen, direkten Möglichkeiten auf dem Lebensmittelsektor. Die anderen wichtigen Industrien werden in direktem Kontakt aufgefordert, ihre Preise den Notwendigkeiten der Stabilität anzupassen, wobei natürlich die Regierung ihre indirekten Druckmittel spielen läßt, bei Stahl z. B. der Zugang zum Kapitalmarkt für Obligationen und die aus der Staatskasse bewilligten Investitionskredite mit niedrigem Zinssatz.

These der koordinierten Konkurrenz

Von der klassischen liberalen Politik weicht auch die Einstellung des französischen Staates gegenüber Konzentration und Kartellen ab. Sie werden eher begünstigt als bekämpft, sofern nicht die Gefahr besteht, daß sie die Preise in die Höhe treiben. Frankreichs Wirtschaft litt bisher unter einer zu starken Zersplitterung. Der Warenverteilungsapparat läßt sich allein durch die großzügige Entwicklung von Warenhäusern, Supermärkten oder Kettenläden verbilligen. Nach französischen Vorstellungen ist andererseits die Großindustrie nicht in der Lage, ohne gegenseitige Abstimmung ein umfassendes Investitionsprogramm zu verwirklichen. Sie kann sich keine Fehlinvestitionen und auch keine Doppelgleisigkeit leisten. Aus diesem Grunde muß man ihr gestatten, sich unter-

einander abzustimmen, d. h. bis an die Grenze des Kartells zu gehen.

In Frankreich setzt sich mehr und mehr die These einer koordiniert-geordneten Konkurrenz durch, wobei man übrigens die Preisregulierung und die Mißbrauchverhinderung viel stärker von der internationalen, d. h. vor allem von der europäischen Konkurrenz erwartet als von der nationalen, die den modernen Größenordnungen nicht mehr entspricht und sehr wohl verschwinden könne, ohne daß eine bedenkliche Kartellisierung der Wirtschaft zu befürchten wäre.

Die Stützen der Marktwirtschaft

Die Stützen der Marktwirtschaft bleiben bei dem hier skizzierten französischen System die doppelte Bereitschaft der privaten Unternehmer zur Zusammenarbeit mit dem Staat und zur antiprotektionistischen Wirtschaftsdynamik. Immer mehr werden Aufgaben, die an sich der Staat lösen könnte, auf privater Grundlage erfüllt, um auf diese Weise dirigistischen Versuchungen der Regierung vorzugreifen, ohne deswegen übrigens zur Unterstützung der privaten Initiativen öffentliche finanzielle Beiträge abzulehnen. Diese Mitarbeit beginnt mit Investitionsprogrammen, die für einzelne Berufszweige den staatlichen Planungsstellen den Weg weisen sollen. Sie betrifft auch Exportkampagnen, Berufsausbildung, selbst die technische Hilfe für Entwicklungsländer, die Produktivität, strukturelle Umgestaltung des Produktionsapparates bei privaten Aktionen zur reibungslosen Ausschaltung oder Umstellung nicht mehr lebensfähiger Betriebe usw.

Hierzu kommt das wachsende Verständnis für die Notwendigkeit einer dynamischen, vor allem international konkurrenzfreudigen Entwicklung, unter Verzicht auf die gerade in Frankreich so lange üblich gewesenen protektionistischen Krücken. Diese Dynamik führt zwangsläufig zu einer Belebung der privaten Wirtschaftstätigkeit und zur Wahrung des kräftemäßigen Gleichgewichts zwischen dem Unternehmer und dem zunehmend für das Wirtschaftsleben verantwortlichen Staat. (fr.)

GROSSBRITANNIEN: Der Staat betreibt Konjunkturpolitik

Seit John Maynard Keynes gilt es in England als Axiom, daß die Regierung die Pflicht hat, Konjunkturpolitik zu treiben. Depressionen und Krisen sind nicht nur vermeidbar, sondern unentschuldig. Stetige Expansion ist das Ziel und durch zweckmäßige Kombination von Planung und Privatinitiative unschwer zu erreichen. Die politische Linke legt mehr Wert auf Planung, die Rechte auf freies Unternehmertum, aber beide bejahen die Notwendigkeit, ja sogar Erwünschtheit wirtschaftspolitischer Eingriffe zur Korrektur der normalen Marktfaktoren. Die konservative Regierung begann ihre zehnjährige Amtszeit mit einem Abbau der von ihrer Labour-Vorgängerin beibehaltenen Kontrollen aus der Kriegszeit, hat aber in den letzten fünf Jahren ihr Heil zusehends in einer Verfeinerung der notwendig erachteten behördlichen Eingriffe in die freie Wirtschaft gesucht und sich dazu ein Arsenal neuer Direktivmittel beschafft.

Dabei ist sie nun nicht gerade sehr erfolgreich vorgegangen. Es gab wortreiche Ermahnungen und Erklärungen statt rechtzeitigen und beispielhaften Handelns. Das grüne und rote Licht folgten einander zu rasch und häufig. Ein Zuviel an psychologischer Vorbereitung ließ richtige und entschiedene Maßnahmen ungenügend erscheinen. Verwirrung und Enttäuschung waren die Folge, und die Wirtschaft entfaltete sich nur langsam. Gewiß gibt es genug objektive Hindernisse für schnelleres Wachstum: Mangel an Arbeitsreserven, der in England um so schwerer wiegt, als die Gewerkschaften alte Gewohnheiten nicht leicht aufgeben; Mangel an Überschußkapazitäten, der sich immer dann störend bemerkbar macht, wenn die Produktion eine Zeitlang schnell ansteigt; Mangel an Währungsrücklagen, um zusätzliche Importe zu finanzieren, bis steigende Exporte den Ausgleich bringen. Aber schwerwiegender sind die subjektiven Hindernisse, die aus dem Zustand übervoller Beschäftigung erwachsen: Die Unfähigkeit von Arbeitgebern und Gewerkschaften, sich auf angemessene

Löhne zu einigen; die Vernachlässigung des Exports durch Fabrikanten, die ihre Produktion mühelos daheim unterbringen können; die Unterlassung rechtzeitiger Neuinvestitionen aus Furcht, sie könnten die Rentabilität beeinträchtigen; unüberlegte Konsumkreditgewährung und -anspruchnahme; das Fehlen des Ansporns echter Konkurrenz um die Gunst des Kunden.

Schnelleres Wachstum

Es wäre falsch, wollte man diese Schwierigkeiten als spezifisch britisch betrachten. England erreichte das Stadium der Vollbeschäftigung früher als Kontinentaleuropa und konnte deshalb nicht auf anderer Länder Erfahrung zurückgreifen. Die Engländer haben aber aus ihren eigenen Fehlern gelernt, daß es sich hier um Probleme handelt, die mit taktischen Mitteln allein nicht zu lösen sind. Der überparteiliche Nationalrat für Wirtschaftsentwicklung, in dem die Sozialpartner gleichermaßen vertreten sind, hat sich deshalb zur Lösung seiner Aufgabe, „günstige Bedingungen für schnelleres Wachstum zu fördern“, dem Studium einiger grundsätzlicher Fragen zugewandt, wie der Auswirkungen einer größeren Wachstumsrate auf die Zahlungsbilanz, den Arbeitsmarkt und die Spar- und Investitionstätigkeit und der Möglichkeiten, schnelleres Wachstum durch Veränderungen der Technik und des Arbeitseinsatzes, im Steuerwesen und öffentlicher Ausgabengebarung zu erleichtern.

Grundlage dieser Untersuchungen ist, daß es ein Optimum wirtschaftlicher Voraussetzungen für schnelles Wachstum gibt, das durch eine entsprechende Arbeits-, Finanz-, Investitions-, Kredit- und Währungspolitik geschaffen werden kann; das Gebiet der Handelspolitik, das ja gerade im Zusammenhang mit Englands Beitritt zur Wirtschaftsgemeinschaft aktuell ist, bleibt interessanterweise außerhalb der Überlegungen. Gleichzeitig wird aber unterstellt, daß es Grenzen gibt, die man bei wirtschaftspoliti-

schen Eingriffen beachten muß. Das Arbeitspotential läßt sich nur bis zu einem gewissen Grade durch erhöhte Produktivität und Mobilität verstärken. Für die materielle Produktionskapazität sind die Grenzen durch die Finanzkraft individueller Unternehmen und des Landes bestimmt sowie durch Profitüberlegungen. Man kann sie durch geeignete Steuer- und Kreditmaßnahmen erweitern, doch zeigte die billige Zinspolitik nach dem Kriege und die Leihinflation in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, daß sich eine Verfälschung der Kreditlage bald rächt.

Zwang zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik

Vor allem lehrt Englands Erfahrung den Zwang zu einer Koordinierung der verschiedenen Zweige der Wirtschaftspolitik. Selbst wenn sich Fehler zunächst vielleicht auf dem Währungs- oder Preissektor offenbaren, liegt die Fehlerquelle und folglich die Korrektur oft ganz woanders, z. B. in der Entwicklung der öffentlichen Ausgaben, die früher als ideales Mittel der Konjunkturbeeinflussung galten, aber heute nur bedingt zur Nachfrageeindämmung benutzt werden können. Wo ein ausreichender freier Kapitalmarkt fehlt, muß die öffentliche Hand auch Risikokapital stellen, insbesondere wenn, wie in England, wichtige Grundindustrien verstaatlicht sind. Fiskalische Mittel der Kaufkraftabschöpfung haben sich in England als schnell wirksam erwiesen, doch verursachen kurzfristige Steueränderungen Verwirrung. Aus dem gleichen Grund verbietet sich ein zu häufiger Gebrauch des Diskontsatzes als Reguliermittel. In Verbindung mit direkter Einflußnahme auf den Bank- und Teilzahlungskredit bilden Konsumsteueränderungen das sicherste Mittel, einer Konjunkturüberhitzung schnell entgegenzuwirken.

Wirtschaftspolitische Richtzahl

Was die langfristige Wirtschaftslenkung anbetrifft, so hat sich in England neuerdings die Auffassung durchgesetzt, daß die Regierung, wenn sie schon nicht einen detaillierten Entwicklungsplan nach französischem Muster aufstellen will,

der Wirtschaft zumindest eine Richtzahl geben muß. Das Ziel einer Verdoppelung des Lebensstandards innerhalb von 25 Jahren muß so verstanden werden. Ein jährlicher Produktionszuwachs von 4% ist das kurzfristige Ziel, und auf diesem fußt die von der Regierung proklamierte Begrenzung von Lohn-erhöhungen auf zunächst 2,5%. Die bei der Durchsetzung dieser Lohnbegrenzung im privaten Sektor angetroffenen Schwierigkeiten zeigen jedoch, daß die vorhandenen Direktivmittel nicht ausreichen, um die Einhaltung solcher Richtzahlen zu garantieren. Staatsangestellte müssen sich wohl oder übel mit diesem Satz abfinden, während vollbeschäftigte Wirtschaftszweige die Schranke mit stillschweigender Duldung der Regierung durchbrachen.

Verhältnis von Industrieländern zu Entwicklungsländern

Insofern als andere europäische Länder auf die Probleme der Vollbeschäftigung und Lohninflation stoßen, die England soviel zu schaffen machen, sind die britischen Bemühungen, Regierungsdirektiven und -eingriffe mit einer grundsätzlich freien Wirtschaft in Einklang zu bringen, von direktem Interesse für sie. Es fragt sich jedoch, ob Überseeeländer ohne ausreichendes Investitionskapital und private Industriewirtschaft hoffen können, ihre Entwicklung durch ähnliche Mittel zu beschleunigen. Ihr Kapitalbedarf ist so riesig im Vergleich zu den vorhandenen Mitteln, daß auf finanziellem Gebiet viel drastischere Lenkungsmittel unabdingbar erscheinen. Die Gefahr einer Lohninflation besteht für sie kaum; sie müssen aber ihre jungen verarbeitenden Industrien gegen die scharfe Weltmarkt Konkurrenz abschirmen, also von Zöllen und Importrestriktionen einen unter europäischen Bedingungen unerträglichen Gebrauch machen.

Andererseits bedürfen ihre wichtigsten Produktionszweige, hauptsächlich in Landwirtschaft und Bergbau, möglicherweise internationaler Stützung. England hat solche Abkommen immer unterstützt, auch wenn sie dem direkten Interesse

des britischen Verbrauchers zuwiderlaufen, und wenn nötig durch interne Maßnahmen der damaligen Kolonialverwaltungen ergänzt. Solche Produzentenabkommen müssen natürlich dem Konsumenteninteresse Rechnung tragen, wie andererseits aber auch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft in der Behandlung schwacher Überseeeländer die

größte Probe ihrer staatsmännischen Weisheit zu bestehen hat. Ein befriedigendes Verhältnis zwischen den Industrieländern Westeuropas und den auf sie ausgerichteten unterentwickelten Überseegebieten läßt sich vielleicht auf die Dauer nur durch einen allgemein anerkannten Code gutnachbarlichen Verhaltens sichern. (A)

USA: Erkenntnis von der veränderten Stellung der Wirtschaft

Für die breite amerikanische Öffentlichkeit kam der Kurssturz an der New Yorker Börse in der letzten Mai-Woche ebenso überraschend wie für die meisten ausländischen Börsenzentren, die dementsprechend kräftig reagierten. Unabhängige Beobachter jedoch, die sich ein gewisses Urteil über amerikanische Reaktionen auf sich ansammelnde „unangenehme“ Fakten zutrauen, haben die Möglichkeit einer größeren Berichtigung des amerikanischen Kursniveaus seit Jahresanfang in ihren Kommentaren — und in ihren Dispositionen — in Rechnung gestellt. Sie waren dabei von vornherein der Ansicht, daß alle Parallelen zu 1929, als dem Auftakt einer Weltwirtschaftskrise unvorstellbaren Umfanges, völlig abwegig seien, daß daher die Kursberichtigung nicht in ihren Extremen, sondern in ihrem langfristigen Trend interessant sein werde und daß dieser Trend von den Lehren abhängig sein werde, die aus dem Schock der Kursstürze abgeleitet würden.

Nun ist also der Kurseinbruch mit der Heftigkeit erfolgt, die Naturkatastrophen auf dem amerikanischen Kontinent eigen sind. In Europa sollte man sich durch die Nervosität amerikanischer „Börsianer“ und mancher internationaler Wirtschaftskommentatoren nicht von den Kernursachen der Wall Street-Reaktion ablenken lassen. Amerikanische Wirtschaftler, die diesen Tornado seit langem befürchtet hatten und jetzt fast erleichtert aufatmen, daß er nun endlich losgebrochen ist, sehen in dieser Kursberichtigung mit allen ihren temperamentvollen Begleit-

erscheinungen eine wichtige Etappe in der den Amerikanern dämmern den Erkenntnis von der veränderten Stellung der USA-Wirtschaft in der Weltwirtschaft.

Um die grundlegenden Wandlungen andeuten zu können, die der amerikanischen Wirtschaft bevorstehen, muß man auf eine Reihe von Symptomen hinweisen, die sich in zwei verschiedenen Feldern der amerikanischen Wirtschaft vollziehen, in der internen Wirtschaft und in den Beziehungen zur internationalen Wirtschaft.

Konsumenten-Revolution

Ganz grob gesprochen, die amerikanische Wirtschaft steht vor einer Konsumer-Revolution. Ihre ersten Anzeichen deuten auf zwei Fronten dieser Revolution, auf Widerstand gegen überhöhte Preise und auf Widerstand gegen unnötigen Konsum. Der tonangebende gutsituierte Mittelstand — die „Familie Jones“ — besitzt ein Vorstadt-Einzelhaus, zwei Autos, zwei Fernsehgeräte, dazu ein einfaches Wochenendhaus, ein Motorboot und auch eine Lebensversicherung von zunehmender Proportion. Dafür ist der Hausvater recht verschuldet, bestimmt für Haus und Autos, und wenn er zur jüngeren Generation gehört, auch noch für Fernsehgeräte, moderne Küchenmaschinen, Möbel usw. Außer dem bezahlten Teil seines Hauses verfügt Jones über verhältnismäßig wenig Aktiven. Sein meist recht gutes Einkommen ist mit hohen festen Lasten belegt, außer den erwähnten vor allem mit den Ausgaben oder Rücklagen für die College-Erziehung seiner Kinder.

Wenn man im amerikanischen Einzelhandelswesen den rapiden Aufstieg der „Discount Houses“ verfolgt, so hat man eine der sichtbaren Formen der Revolution gegen überhöhte Preise. In den Discount-Geschäften werden erhebliche Abschläge von den Listenpreisen der Elektrogeräte und einiger anderer Artikel gewährt, Abschläge, die nur z. T. „echte“ Verbilligungen sind, da selbst Fachgeschäfte oft erheblich unter Listenpreisen verkaufen und die großen Warenhäuser die Verbilligungen der Discount-Häuser meist mitmachen. Die Gewinnspanne der Discount-Häuser ist trotz der Abschläge, die sie gewähren, immer noch erheblich und setzt sich aus der verbleibenden Preisspanne zwischen Fabrik- und Verkaufspreis und den beträchtlichen Einsparungen an der Ausstattung dieser Geschäfte, an der Bedienung und an der Lagerhaltung zusammen. (Discount-Häuser beschränken sich oft auf einige wenige Marken eines Artikels.)

Erst sparen, dann kaufen!

Das zweite Gesicht der Konsumer-Revolution blickt unmutig auf die zu großen und teuren Autos, die größere Garagen in den Häusern, größere Parkplätze in den Städten und größeren Benzinverbrauch erfordern. Mehrere Jahre hat sich die amerikanische Automobilindustrie gegen kleinere Modelle gestraubt, hat die Einfuhr von Volkswagen und vielen anderen ausländischen Modellen als „kurzlebige Mode“ geduldet. Doch der Verbraucher

hat gesiegt; er kann jetzt einen ganz einfachen Vier-Zylinder-Wagen für wenig mehr als den VW-Preis kaufen, einen etwas luxuriöser ausgestatteten Vierzylinder für 2000 \$. Darüber hinaus hat die in der Finanzierung mit sehr hohen Abzahlungszinsen und Verrechnungsgebühren arbeitende besondere „Finanzierungs-Industrie“, die dem Autohändler eine hübsche zusätzliche Provision brachte, einen wachsenden Wettbewerb der Banken zu bestehen. Mehr noch, Sparkassen haben mit ihrer Werbung „Erst sparen, dann kaufen“ einen Erfolg, den man vor einigen Jahren noch nicht für möglich gehalten hätte.

Vorstufe zur Konsumsättigung

Nach Ansicht mancher Wirtschaftsbeobachter ist dies alles nur die Vorstufe einer Konsumsättigung, die für die Industrie zwar noch den normalen Zuwachs im Absatz an die wachsende Bevölkerung und an die anhaltende Ausdehnung des „Mittelstandes“ als Expansionsfeld beläßt, jedoch nicht die Stärkung des Verbrauchswillens des einzelnen. Weder wird man mit intensivierter Werbung der Hausfrau einen zweiten Kühlschrank oder einen noch größeren Kühlschrank als das jetzt eine erkleckliche Küchenecke füllende Monster (eine Kombination von Eisschrank und Tiefkühler) aufdrängen können, noch wird man den Umschlag durch Konstruktionsverbesserungen oder durch weitere Kürzung der beschränkten Lebensdauer infolge bewußter Qualitäts-

mängel noch wesentlich beschleunigen können. Sicherlich wird man noch Verbrauchsreize finden. Die amerikanische Industrie ist darin sehr erfinderisch.

Arbeitsmarkt und Kennedys Aufklärungsolitik

Die Konsumer-Revolution verdient kurz auch vom Arbeitsmarkt her betrachtet zu werden. Zugespitzt gesagt, hat der zunehmende Verkaufsdruck dazu geführt, daß im Einzelhandel, bei der Finanzierung, bei den Dienstleistungen die Beschäftigungsziffern sehr viel steiler anziehen als in der industriellen Produktion. Während die Erzeugung durch Automation immer maschinenintensiver wird, mehr sich der Menscheneinsatz im Handel sowohl durch zunehmenden Verkaufsdruck als auch durch die normale Erweiterung des Verbrauchs. Man schätzt, daß in diesem Jahrzehnt die Beschäftigung in Handel und Dienstleistungen um mehr als 30% wachsen und schließlich 30% der Erwerbstätigen absorbieren wird, während in der gesamten Produktion mit Ausnahme der Landwirtschaft nur ein Beschäftigtenzuwachs von 19% zu erwarten sei, womit die Produktion nur noch für knapp 25% der Arbeitsplätze verantwortlich wäre.

Diese Ziffern sind deshalb etwas beängstigend, weil sie im Zusammenhang mit dem Wachstum der Bevölkerung gesehen werden müssen. Jährlich müssen in diesem Jahrzehnt 3 Mill. neue Arbeitsplätze gefunden werden, 60% zur



Wöchentliche Fracht-Schnelldienste nach den USA

Wöchentliche Abfahrten von Bremen, Bremerhaven und Hamburg direkt nach New York und anderen amerikanischen Häfen. — Weitere Dienste von den USA nach Australien und Fernost.

United States Lines

52 moderne Frachter verbinden vier Erdteile

HAMBURG	BREMEN	BREMERHAVEN
Telefon: 32 16 71	Telefon: 30 08 11-17	Telefon: 4 69 51
Fernschr.: 021 2873	Fernschr.: 024 4307	Fernschr.: 023 8716

Unterbringung der durch Automation freiwerdenden Kräfte, 40% für die wachsende Zahl der Arbeitssuchenden. Es wird daraus deutlich, daß die schon jetzt auch in Konjunkturspitzen nicht mehr zu erreichende Vollbeschäftigung in den nächsten Jahren immer schwieriger zu erreichen sein wird. Dies wird die Argumente gegen inflationistische Lohnsteigerungen (und gegen die inflationistische Aufblähung der öffentlichen Ausgaben in Bund, Staaten und besonders in Gemeinden!) erheblich verstärken.

Man spürt schon jetzt, daß die Preisstabilisierungspolitik in den USA sehr viel erfolgreicher ist als in manchen europäischen Ländern. Für die nächste Zukunft ist unter Kennedys intensiver wirtschaftlicher Aufklärungspolitik damit zu rechnen, daß die Gewerkschaften sich von der Forderung nach direkten und indirekten Lohnerhöhungen weg und zu Forderungen nach verkürzter Arbeitszeit und bewußterer Freizeitgestaltung hin bewegen werden. Um ihre starke Machtposition halten zu können, werden die amerikanischen Gewerkschaften sich möglicherweise mehr in die Sozialpolitik, etwa durch Unterstützung des von Kennedy propagierten staatlichen Krankenversicherungsplans für alte Menschen, und in die Fragen der Freizeitgestaltung einschalten müssen.

Überalterung der Industrieanlagen

Das Bild der amerikanischen Inlandswirtschaft muß hier noch in einem anderen Detail betrachtet werden, das vor allem kürzlich bei der durch Kennedy verhinderten Stahlpreiserhöhung kräftig angestrahlt wurde. Die Stahlindustrie begründete ihren Beschluß zur Preiserhöhung u. a. damit, daß sie die alljährlich bewilligten Lohnerhöhungen nicht länger absorbieren könne, ohne Gefahr zu laufen, mit der Erneuerung der Anlagen in Verzug zu geraten.

Die Überalterung der Anlagen findet in vielen Äußerungen der Industrie ihren Niederschlag. In der Stahlindustrie geht man so weit, zu sagen, daß man im Vergleich zur internationalen Konkurrenz ins Hintertreffen gerät. Ein Stahlindu-

strieller hat geäußert, die europäische Stahlindustrie könne jederzeit, wenn sie es wolle, in den nordamerikanischen Markt eindringen. Trotz erheblicher Frachtkosten, trotz Zöllen und allen sonstigen Nebenkosten sei die europäische Stahlindustrie in den USA preislich nicht zu schlagen. Zum Glück, so fügte der Stahlindustrielle hinzu, sei die europäische Stahlindustrie in der Regel „anderweitig“ beschäftigt und brauche nur gelegentlich Überschüsse in den USA abzuladen. Insgesamt, erklärt die Stahlindustrie, erhöht sich ihre Produktivität jährlich nur um 1%. Es wären grundlegende Modernisierungen mit einem Aufwand von vielen Milliarden Dollar überfällig, Beträge, die nicht aus gegenwärtigen Gewinnen und auch nicht allein aus zusätzlicher Finanzierung aufzubringen seien.

Man ist in Washington neuerdings dem Argument sehr zugänglich, daß nicht nur die Stahlindustrie, die in besonderem Maße an Überalterung der Anlagen leidet, sondern auch manche andere der „traditionellen“ Industrien zusätzliche Hilfe für die Modernisierung benötigen. So wird von europäischen Fachleuten der Automobilindustrie beispielsweise immer wieder mit einiger Überraschung festgestellt, wie sehr sich Detroit auf seine alten, jahrzehntelang nicht zu schlagenden Prinzipien der Massenproduktion verläßt, obwohl die Ingenieure aus eigener Phantasie wie aus Anregungen aus der europäischen Industrie seit Jahren umwälzende Neuerungen vorschlagen. Die Aufmerksamkeit Washingtons für die notwendige Modernisierung „alter“ amerikanischer Industrien dürfte sich sehr bald in weitgehenden Steuerkonzessionen realisieren. Den Finanzfachleuten schwebt sowohl eine Erhöhung der Abschreibungsquoten als auch eine siebenprozentige Steuergutschrift für neue Investitionen vor.

Angst vor Lenkung

Sowohl die Erkenntnisse über den zunehmenden Verbraucherwiderstand als auch die Abneigung der Regierung wie der Wirtschaft gegen eine zu hohe Inflationsmarge in der Expansion der amerikani-

schen Wirtschaft als auch die geschilderten Sorgen beim Aufspüren von 3 Mill. zusätzlicher Arbeitsplätze im Jahr und die Einsichten über die Veralterung mancher Produktionsstätten reichen noch nicht aus, um die vorübergehende Wallstreet-Panik zu erklären. Hierher gehört vielmehr auch die Angst vor einer grundsätzlich neuen, auf verstärkte staatliche Lenkung ausgehenden Wirtschaftspolitik der Regierung Kennedy, eine Angst, die durch das kampfartige Eingreifen gegen die Stahlpreiserhöhung besonders genährt wurde.

Es ist zweifellos richtig, von ausgedehnteren Planungsabsichten von Kennedy und seinen Beratern zu sprechen. Dahinter steht jedoch nicht so sehr der Wunsch, auf den Konjunkturzyklus Einfluß zu gewinnen — so sehr manche der neuen Washington-Planer sich als Keynes-Schüler entpuppen —, es ist vielmehr recht deutlich zu spüren, daß Washington sich einiger grundlegender Wandlungen der internationalen Konkurrenzverhältnisse für die amerikanische Wirtschaft bewußt geworden ist, von denen die Privatwirtschaft nur erst einzelne Phasen zu übersehen scheint. Diese Amerika betreffenden internationalen Veränderungen in die fällig gewordenen inneramerikanischen Umstellungen und Modernisierungspläne einzubeziehen, ist sicherlich eine Aufgabe von größter nationaler Wichtigkeit, eine Aufgabe, die einer zentralen Erkenntnis bedarf und die zentral beaufsichtigt und in einigen Funktionen auch gelenkt werden muß.

Exportieren oder Welken!

Mit dem Hinweis auf die Wirkungen, die der Gemeinsame Markt und seine Erweiterung durch den Beitritt Großbritanniens und skandinavischer Länder auf die amerikanische Wirtschaft ausüben wird, ist der Umkreis der für die USA bedeutsamen Wandlungen der Weltwirtschaft noch keineswegs voll umschrieben. Denn die Addition nationaler Wirtschaftsstärken im Gemeinsamen Markt und ihre durch die Addition ausgelöste Vermehrung ist sozusagen nur die Potenz der europäischen Ausstrahlungen, nicht die Ausstrahlung selbst.

Diese Ausstrahlung ist durch die Nachkriegserholung ausgelöst, eine Erholung, an der die USA kräftig mitgewirkt haben, vor allem durch die Marshall-Hilfe, später durch etliche eigene Investitionen in Europa. Heute spüren nun die Amerikaner die Konkurrenz eines reicher und industriell moderner gewordenen Europas.

Heute ist die Anziehungskraft Europas für amerikanisches Kapital so groß geworden, daß man sich in Washington ernsthaft überlegt, ob man den Kapitalabfluß aus den USA auf die Dauer ertragen kann, oder ob man Maßnahmen gegen die Kapitalausfuhr ergreifen muß. Diese Überlegungen werden zwar selten in der Öffentlichkeit geführt, sie bewegen jedoch die Eingeweihten sehr, da man einerseits einen derartigen Eingriff in die Freizügigkeit des Kapitals als den vielleicht schmerzlichsten Eingriff des Staates in die freie Wirtschaft empfinden würde, andererseits jedoch dem Argument für die Beschränkung der Kapitalausfuhr zustimmen muß, dem Argument nämlich, daß dieses Kapital zu Hause gebraucht wird.

Die USA müssen den zusätzlichen Absatz für ihre infolge Modernisierung und infolge Bevölkerungszuwachs steigende Produktion stär-

ker als bisher über den Export finden. Bisher hat die industrielle Ausfuhr für die USA eine angenehme Dividende bedeutet, nicht aber eine Lebensnotwendigkeit. Jetzt kann Kennedy mit Recht sagen, daß die Alternative „Trade or fade“, Außenhandel treiben oder verwelken, lautet. Was bisher für die amerikanische Landwirtschaft eine Lebensfrage war, ob es nun um Getreide, Baumwolle, Tabak oder Südfrüchte geht, wird auch für die amerikanische industrielle Produktion von zunehmender Bedeutung.

Manche Beobachter prophezeien Kennedy den bisher größten Erfolg im Kongreß bei der Verabschiedung der Vollmachten für die Ausarbeitung der Partnerschaft mit der EWG und den übrigen industriellen Exportländern. Das politische Interesse Washingtons an einem Erfolg der EWG als Vorstufe zu einem politisch geeinten Europa spielt dabei sicherlich mit.

Daß die amerikanische Wirtschaft dabei über ganz erhebliche Reserven verfügt, um ihre Konkurrenzfähigkeit auf den europäischen Märkten zu verbessern, kann man sich in Europa nicht schnell und nicht gründlich genug vor Augen führen. Wenn wir von den Absatz-

schwierigkeiten im Inland und von Rückständigkeiten in den Produktionsmitteln der Stahlindustrie und anderer Wirtschaftszweige gesprochen haben, so ist demgegenüber mit allem Nachdruck auf zweierlei hinzuweisen:

Einmal hat die amerikanische Wirtschaft mehr als einmal in diesem Jahrhundert bewiesen, zu welchen Kraftanstrengungen sie in der Lage ist, wenn sie sich zu einer Anspannung aller Kräfte entschließt. Amerika hat noch immer die Kraft, ein Problem anzupacken, sobald es die Notwendigkeit dazu erkannt hat. In den letzten Jahren hat Westeuropa eine sehr viel größere Wirtschaftsdynamik entwickelt als die USA, doch das kann sich über Nacht ändern. Zum anderen aber läßt die europäische Dynamik selbst erste Erschlaffungserscheinungen erkennen. Soweit es sich dabei um eine Pause, sozusagen um einen Erholungsurlaub von den Wirtschaftsanstrengungen handelt, ist dagegen bestimmt nichts einzuwenden. Doch diese Pause sollte neuem Kräftesammeln dienen, um dem Wettbewerb gewachsen zu sein, auf den sich die amerikanische Wirtschaft allmählich, Washington jedoch bereits sehr bewußt und gründlich vorbereitet. (E. W.)

Lehren aus dem Streit um die Autopreise in der Bundesrepublik

In diesem Frühjahr ist einer stauenden Öffentlichkeit ein bemerkenswertes Schauspiel geboten worden. Der Wirtschaftsminister des marktwirtschaftlichen „Musterländle“, der Bundesrepublik, führte einen öffentlichen Streit mit dem Chef des vielleicht bekanntesten deutschen Unternehmens, des Volkswagenwerkes, über die Preiserhöhung für den Volkswagen. Die Einzelheiten sind zu bekannt, als daß sie hier wiederholt werden müßten. Auch auf die anteilige Bedeutung von unglücklichem zeitlichem Zusammentreffen, ungeschicktem Taktieren und unnötigem Exponieren der einen oder anderen Seite kommt es jetzt nicht mehr an. Entscheidend bleibt der Kern: der Wirtschaftsminister in einer

Marktwirtschaft wollte einen Unternehmer zwingen, eine Preiserhöhung rückgängig zu machen, und appellierte dabei nicht nur an das gesamtwirtschaftliche Verantwortungsbewußtsein, sondern behauptete auch, die Preiserhöhung sei nach der Ertragslage des Unternehmens nicht gerechtfertigt.

Wer setzt die Maßstäbe?

Hier gilt es, zwei ganz verschiedene Tatbestände zu unterscheiden. Der erste ist der Versuch des für die Wirtschaftspolitik verantwortlich zeichnenden Ministers, auf Preisbewegungen Einfluß zu nehmen, wobei er sich des einzigen ihm unmittelbar zur Verfügung stehenden Mittels bedient, der

„moral persuasion“ oder — vulgärer — „Seelenmassage“. Auf ihn wird später einzugehen sein. Der zweite Tatbestand ist die Unterstellung, ein Außenstehender könnte darüber urteilen, ob die Ertragslage eines Unternehmens Preiserhöhungen rechtfertige.

Jederman weiß, daß Bilanzen und Erfolgsrechnungen unserer Aktiengesellschaften auch jetzt noch nur beschränkter Aufschluß über die Ertragslage zulassen. Doch selbst wenn man hier eine befriedigende Erkenntnismöglichkeit unterstellt: welche Ertragslage ein Unternehmen braucht, um z. B. Expansionsvorhaben durchführen zu können, entzieht sich gewiß der Möglichkeit der Beurteilung durch Außen-